

erschienen täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Abend- und Gesandten

Zeitungspost 23.

Abendblätter der Reichs-
Anstalten 10-12 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Abendblätter 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anstalt 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
incl. Frachtlohn 5 Rthl.
Jede einzelne Nummer 2 1/2 Rthl.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postgebühr 25 Rthl.
mit Postgebühr 44 Rthl.

Interat Leipzig, Poststraße 30 W.
Größere Schriften laut nach dem
Preisverzeichnis. — Leihbibliothek:
Satz nach Ueberein. Text.

Reklamen unter dem Redactionsbrett
die Spalte 40 Pf.
Interat sind laut an d. Anstalt
zu senden. — Abent wird nicht
gegeben. Stellung prozentweise
über dem Postlohn.

№ 351.

Mittwoch den 17. December 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Am Sonntag den 21. December, sowie am 1. Weihnachtstage tritt die Beschäftigung der Diensthunden für den Betrieb mit dem Publikum, wie sie für die Sonn- und Feiertage allgemein festgesetzt ist, bei den hiesigen Postämtern Nr. 1 bis Nr. 8 nicht ein.

Der Kaiserliche Ober-Post-Director.

Denjenigen Personen, welche der Feuerwehrt auf deren Aufforderung beim Drücken der Sirenen Hilfe leisten, soll von jetzt ab bis auf Weiteres eine Vergütung von 75 Pfennigen für den Mann und für jede Stunde, wobei die angefangene Stunde für das ganze gerechnet wird, gewährt werden. Die Hülfsmannschaften erhalten an der Handhülle bei ihrer Entlassung Marken, welche beim Bureau der Feuerwehrt angesetzt werden. Wer die Sirene verläßt, ohne entlassen zu sein, oder wegen ungebührlichen Verhaltens entfernt wird, verliert den Anspruch auf die gedachte Vergütung.

Auf die mit Feuerzeichen und Instruktion versehenen Mitglieder der Feuerwehrtreserve, welche nur bei Feueralarm durch die Glocken (Glockenfeuer) zusammenzutreten hat, besteht die obige nicht, vielmehr bleiben die bezüglich dieser Reserve getroffenen Bestimmungen allenthalben in Kraft.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Richter.

Bekanntmachung.

Freitag, den 19. December a. c., Vormittags 10 Uhr sollen auf dem alten Gottesacker hinter der Johannisstraße 35 hiesige Pappeln im Garten an den Restitutenen gegen sofortige Zahlung und Ablieferung öffentlich versteigert werden.

Die Deputation des Rathes zu dem Johannisbospitale.

Bekanntmachung.

Nach §. 4 der ordnungsmäßigen Bestimmungen über den Schulunterricht der Stadt Leipzig haben in letzteren alljährlich 4 hiesige Schulkinder, unter denen mindestens 2 Directoren sein müssen, neu einzutreten und es sind diese 4 Mitglieder von den Directoren und sämtlichen hiesigen Lehrern und Lehrerinnen der hiesigen hiesigen Volksschulen zu erwählen.

Indem wir hiermit die Wahl für das Jahr 1880 auf
Mittwoch, den 17. d. M. Nachmittags von 5 bis 6 Uhr
anberaumen, ersuchen wir die Herren Directoren und hiesigen Lehrer und Lehrerinnen der hiesigen hiesigen Volksschulen, die Stimmzettel in der genannten Zeit im Quartierlokale der L. Bürgerschule persönlich abzugeben.

Leipzig, am 8. December 1879. Der Schul-Ausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panig. Sekret.

Bekanntmachung.

Das auf dem hiesigen hiesigen Holzverkaufsplatz auf dem Kohlenbahnhof des hiesigen hiesigen Bahnhofes zum Verkauf gestellte hiesige hiesige Holz wird von heute ab mit nur
8 Mark für den Kubikmeter
verkauft.

Der Preis für den Kubikmeter hiesige hiesige Holz von 11 Mark — hiesige hiesige Holz bleibt unverändert bestehen.
Leipzig, am 16. December 1879. Königl. hiesige hiesige Holz.

Eisenbahnverhandlungen in Preußen.

N.-L. C. Berlin, 15. December. Die Verhandlungen über die Eisenbahnfrage sind nunmehr zum Abschluß gekommen und zwar zu einem für die Politik der Staatsregierung günstigen Abschluß. Dies ist lediglich möglich geworden durch die Unterstützung, welche die nationalliberale Partei der Regierung in ihrem Bestreben, das Staatsbahngesetz abzurufen, gewährt hat. Die nationalliberale Partei hat sich dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß das Privatbahnsystem in seiner jetzigen Form in Preußen gegenüber einerseits der schon nachstehenden Machtstellung des Staats in Eisenbahnen, andererseits der Notwendigkeit eingehender Tarifreformen auf die Dauer doch nicht mehr haltbar sei. Ging man einmal von dieser Ueberzeugung aus, so mußte man die Regierung unterstützen, nachdem dieselbe so weit vorgearbeitet, auch wenn man über die Wahl des richtigen Zeitpunktes zweifeln war. Diese Stellung hat die nationalliberale Partei im Wesentlichen schon vor den Wahlen eingenommen; sie hat in ihren Programmen und in den Wahlen hervorgetreten Mitglieder angekündigt, die consequent seßhaft bleiben. Schon vor den Wahlen wurde namentlich betont, daß man ohne besondere wirtschaftliche und finanzielle Garantien nicht zustimmen werde, indem man schon damals erkannte, daß auch mit dem an sich notwendigen Gang der Verstaatlichung der Eisenbahnen erhebliche Gefahren verbunden sein würden. Diese Garantien sind nunmehr erreicht. Nach der finanziellen Seite ist festgestellt, daß ein Reservefonds zu bilden ist, welcher durch die Annullierung von Ueberfällen in guten Jahren die Rückkehr zu den ursprünglichen Jahren ausgleicht. Diese Einrichtung wird demnach hoffentlich auch bei anderen Betriebsverwaltungen durchgesetzt werden und dann sehr entscheidend für die Stabilität der Staatsfinanzen wirken. Sie ist auch konstitutionell von hoher Bedeutung, weil sie die Einwirkung des Abgeordnetenhauses auf den Gang der Finanzverwaltung bedeutend vermehrt und dies noch in höherem Grade thun würde, wenn demnach die Quantifizierung der Klassen- und classifizierten Einkommensteuer eintreten sollte. Zugleich hat diese Institution den Vorzug, daß sie in guten Jahren zur Sparsamkeit führt, in schlechten aber Mittel gewährt, um ohne Belastung der Steuerzahler die Bilanz der Finanzen aufrecht zu halten. Außerdem ist der Eisenbahnverwaltung die bestimmte gesetzliche Aufgabe gestellt, mindestens das Eisenbahnkapital zu vergrößern und wenn möglich aus den Ueberfällen dasselbe zu amortisiren. Die Amortisation des in den Betriebsverwaltungen stehenden Capitals ist nicht bloß aus allgemeinen Gründen wünschenswert, sie wird sich in Betreff der Eisenbahnen mit Rücksicht auf die concurrenzen Staaten, welche nach Ablauf einer Reihe von Jahren in den unentgeltlichen Besitz der Eisenbahnen gelangen, zur gebieterischen Nothwendigkeit machen. Diese allgemeinen Gesichtspunkte haben auch in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses grundsätzliche Gegner kaum gefunden. Die Kritik hat nur gegen Einzelheiten geführt, aber welche die Vorzüge des in Aussicht gestellten Gesetzes die Verstaatlichung sich wohl leicht erreichen lassen wird. Die sogenannten wirtschaftlichen Garantien sind wegen einer gezielten Verwaltung, wenn sie auch vollständig mit großer Mehrheit zur Annahme gelangten. Dem einen bieten sie zu wenig, den Andern bieten sie zu viel. Die Eisenbahnräte sollen nur angehört werden über alle Tarifveränderungen und sonstige wichtigen Verwaltungsangelegenheiten. Man mußte hierbei sehen bleiben, was man sonst aus denselben ein mögliches Eisenbahngesetz gemacht hätte, welches die Verantwortlichkeit des Ministers gegenüber dem Landtag abhebt haben würde. Andererseits ist die Anführung bei den Abweichungen von den dem Landtag mitzuteilenden Normaltarifen eine Pflicht des Ministers. Die mitten im Leben des Volks stehenden Mitglieder haben also Gelegenheit, bei allen wichtigen Angelegenheiten ihre Stimme wirken zu lassen. Die Art der Zusammenfassung der Eisenbahnräte wird die Verfolgung einseitiger Interessen verhindern, zumal der Landtag selbst sechs Mitglieder in den Landes-eisenbahnrath delegirt. Die Verhandlungen der Eisenbahnräte werden andererseits das Staatsbeamtenleben in fortwährendem Contact mit den wirtschaftlichen Bewegungen erhalten und jede Verabsicherung der Verwaltung zu verhindern geeignet sein. Fast noch wichtiger aber als dieses ist die Bestimmung, daß die Lagerordnung des Eisenbahnraths werden zu publiziren ist; damit werden aber durch die beschleunigte Veränderung bedrohter Interessen Gelegenheit, sich vernünftig zu lassen und die Schaffung vollkommener Tatsachen abzuwarten. Jede neue Organisation aus einem neuen Gebiete ist in mancher Beziehung ein Versuch und muß sich glückliche und unglückliche Erfahrungen gefallen lassen. Wollte man aber nicht einfach darauf verzichten, die ganze Verwaltung der Eisenbahnen und das Tarifwesen einfach in die Hand des Ministers zu legen, was doch gewiß den Wünschen der großen Mehrheit des Volks nicht entspricht, so blieb kaum ein anderer Weg übrig als der eingeschlagene. Man wird daher mit Ruhe und ohne übertriebene Erwartungen den Erfolg abzuwarten haben, ohne sich für die Zukunft den durch die Erfahrung an die Hand gegebenen Verbesserungen zu verschließen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 16. December.

Die neuen Berichte über den Nothstand in Oberschlesien lauten im höchsten Grade besorgniserregend. Eine Anzahl schlechter Abgeordneter der nationalliberalen und freisinnigen Partei in Berlin traten unter dem Eindruck derselben zu einer Beratung behufs der Organisation der Hülfsleistung zusammen; um sich über die jetzigen Maßnahmen schlüssig zu machen, welche zu ergreifen wären, damit die Regierung auch ihrerseits zur Abhilfe des Nothstandes beiträgt. Es wird — wie man uns berichtet — von dem Antrage auf Einbringung einer Interpellation vorläufig Abstand genommen, weil ein Abgeordneter versichert, daß er in seiner Unterredung mit einem der Minister die positive Versicherung erhalten habe, daß in der nächsten Zeit die Regierung selbst mit Vorschlägen an den Landtag herantreten werde. Man glaubte aus dieser Zusage entnehmen zu können, daß die Regierung von dem Landtage einen Credit in derselben Höhe (3 Mill. Mark) für allgemeine Nothstandshilfe verlangen werde, wie ihn der ober-schlesische Provinziallandtag auf seinen Fonds für specielle Bedürfnisse der Nothstandshilfe votirt hat. Es wurde in der betr. Versammlung von Abgeordneten betont, daß die Fonds der Provinzialregierungen jedenfalls bis zum Wiederzusammenritte des Abgeordnetenhauses nach den hiesigen Anträgen zu werden, um die Bedürfnisse des Nothstandes zu decken, und daß nach dem obenstehenden privaten Erklärungen des Ministers voraus gerechnet werden kann, daß die Regierung zu diesem Zeitpunkte ihre Vorlage im Lande einbringen haben wird. Von anderer und namentlich von liberaler Seite glaubt man sich auf Grund privater Erklärungen eines oder des anderen Mitgliedes des Staatsamts nicht beruhigen zu dürfen, weil es sich nicht löst um die Höhe der Staatsausgaben, sondern um die Art der Verwendung, namentlich in Bezug auf Fonds für Darlehen habe. Man hofft, daß die umfangreichen und langwierigen Dispositionen in solchen Angelegenheiten auf die Zeit nach dem 8. Januar hinausgeschoben werden können, bis das Staatsministerium und die beiden Häuser des Landtages sich schlüssig gemacht haben. Wer schnell geht, der geht doppelt, und es hiesige einseitige Vertrauen predigen wollen, wenn man gegenüber einem Krankheits- und Hungerherd von 150 000 Menschen nicht rechtzeitig helfen einschreiten, sondern die Fälle von bureaukratischen und legislativischen Erwägungen abhängig erklären wollte. Guten Vernehmen nach wird sofort in den fractionenversammlungen des Abgeordnetenhauses die Anregung zur Stellung einer Interpellation an die Staatsregierung erfolgen und möglicher Weise vor den Ferien (d. h. Mittw.) eingebracht werden. So sollte und nicht anders nehmen, wenn das Centrum, das Schließen zu seinen hiesigen Provinzen zieht, den Liberalen einen Vorstoß abzugeben und mit einer Interpellation ein solches Capital aus der Nothstandfrage zu schlagen versuchen würde. Um so mehr wäre es am Platze sein, wenn die liberale Partei die Frage wegen der Staatshilfe für Oberschlesien, welche die polnische fraction wieder fallen ließ, zur Discussion stelle.

Der parlamentarische Lage wird aus dem Montag aus Berlin geschrieben: „Nicht ohne Bedenken ist in Abgeordnetenkreisen der Beschluß der Herrenhaus-Commission zur Vorberatung des Eisenbahnverstaatlichungsgesetzes vernommen worden, daß unsere Partei in einer merkwürdigen constitutionellen Umwandlung den §. 4 des Entwurfes abgelehrt haben, welcher der Regierung das Recht der Kündigung der Prioritäten zuspricht. Falls das Centrum des Herrenhauses seiner Commission zustimmt, geht der Gesetzentwurf an das Abgeordnetenhause zu. Dann wird der hiesige auf Sonnabend den 20. d. M. festgesetzte Termin für den Beginn der Weihnachtsserien nicht eingehalten werden können und die Landboten werden sich nolens volens am Montag zusammenfinden müssen, um den Beschluß des Herrenhauses entweder zu sanctioniren oder ihren eigenen aufrecht zu halten. Da die Eisenbahnverträge mit Ende dieses Jahres ablaufen, wird der Conflict zwischen beiden Häusern, wenn überhaupt ein solcher entsteht, im Laufe der nächsten Woche beglichen werden müssen. In die Dispositionen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses dürfte dies allerdings nicht eingreifen. Er beschließt in dieser Woche nicht mehr die Etatsberatung auf die Tagesordnung des Hauses zu setzen, sondern bestimmte, daß das Feld- und Forstpolizeigesetz nur 2 Tage und die Elbinger Petition 2 weitere Tage in Anspruch nehmen sollte. Aber schon die heutige Diskussion über das Feld- und Forstpolizeigesetz, sowie die zahlreich angelegten Amendements lassen schließen, daß der tiefgreifende Principienstreit nicht in einer weiteren Sitzung zu Ende geführt werden dürfte. Nach die Elbinger Petition wird das Haus in zwei Lager spalten, in dem einen die Ultramontanen ihre Schilde über dem Cultusminister breiten und die Landboten wieder aufnehmen werden, welche sie in dieser Session mit Hinblick auf die Vorlesung in Varzin unter den Schiffen stellen. Vorbereitet doch die Elbe unter ihren Anhängern die Nachricht, daß es hohen Deter sehr genehm erscheinen würde, wenn die Angelegenheit der Elbinger Simultanstühle mit einer möglichst großen Mehrheit zu Gunsten Herrn v. Pottlammers entschieden würde, damit das Abgeordnetenhause von einem weiteren Versuch absteht, die constitutionellen Schulen in Preußen als goldenes Kalb hinzustellen, welches die Konfessionen andern sollen.“

Varzin ist das Kennzeichen für die hohe Diplomatie geworden. Der großbritannische Botschafter in St. Petersburg, Lord Dufferin, der einige Tage in Berlin bei Lord Otto Reffel verweilt, erhält am Sonnabend Nachmittag vom Reichskanzler Fürsten Bischoff ein Telegramm, in welchem er zum Besuche in Varzin eingeladen wurde. Lord Dufferin ist in Folge dessen am Sonntag nach Varzin abgereist und wird dort mit dem Grafen Peter Schawaloff zusammenkommen und am Dienstag (heute) in Gemeinschaft mit diesem direct über Königsberg nach Petersburg weiter reisen, woselbst die Familie des Lord Dufferin bereits vor Kurzem eingetroffen ist. Lord und Lady Otto Reffel hatten aus Anlaß der Anwesenheit des Lord Dufferin am Sonnabend Abend ein Diner in der Berliner Botschaft veranstaltet, an welchem Prinz und Prinzessin Wilhelm von Preußen, deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Goltz, Herr von Krappitz u. A. Theil nahmen. — In diplomatischen Kreisen verläutet, daß der bisherige russische Botschafter beim Deutschen Reiche, Baron von Dubril, nunmehr definitiv zum Botschafter am Wiener Hofe ernannt ist und daß die Ernennung Subaroff's an Stelle Dubril's unverzüglich bevorsteht. Ebenso wird die Ernennung Kobanoff's für London und Kobloff's für Konstantinopel demnach erwartet.

In den politischen Kreisen Wiens herrscht lebhafteste Bewegung. Die einstimmige Annahme der Wehrgezetvorlage im Reichsrathe des Herrenhauses ist ein höchwichtiges Ereignis in den Annalen des österreichischen Parlamentarismus, das seinen Rückschlag auch auf die Entschlüsse des Abgeordnetenhauses und zwar in einem der Vorzüge günstigen Sinne überdürfte. Zwar hat, wie ein Wiener Telegramm besagt, der Club der Liberalen beschlossen, an seinem früheren Standpunkte auch jetzt noch festzuhalten, doch ist diesem Beschlusse wohl mehr eine formelle als eine materielle Tragweite beizumessen, da der Club den einzelnen Mitgliedern völlig freie Hand läßt und man nicht zweifelt, daß im Schooße dieser fraction eine nicht unerhebliche Anzahl von Mitgliedern sich bereit findet, wenn ihr die Gelegenheit geboten würde, durch ihre active oder passive Haltung die Annahme der Herrenhaus-Beschlüsse zu ermöglichen. Als ein für die fernere Entwicklung der Dinge höchbedeutendes Ereignis betrachtet die Wiener „Presse“ die Thatsache, daß der Obmann des Clubs der Liberalen, Dr. Weeber, über specielle Beratung vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen wurde. Uebrigens liegt die Demission Graf Taaffe's im Bereiche der Möglichkeit. Wahrscheinlich wird Heinrich Graf Clam Martiniz zur Bildung eines neuen Cabinets designirt. Theile der Rechten und der Majorität hiesigen die Regierungsfähigkeit des Grafen Taaffe zu retten, da sie die Verantwortung für unabweisbare, insbesondere die Verfassung nahe berührende Ereignisse scheuen. Das Abgeordnetenhause hat am Sonntag das provisorische Budgetgesetz angenommen und dem Vertrage mit Frankreich hinsichtlich des Armenrechts, sowie der provisorischen Handelsconvention mit Frankreich seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz, betreffend die Ermächtigung zur Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland, wurde nach längerer Debatte unter Ablehnung des von Friedrich Eiß gestellten Antrages auf nur zweiwöchentliche Verlängerung unbenutzt angenommen.

Die Uebergabe der an Montenegro abgetretenen Theile Albanien's hat noch immer nicht